



Umsetzungsplan 2021–2023

Am 29.10.2020 verabschiedet durch den
Steuerungsausschuss E-Government Schweiz



E-Government Schweiz

Umsetzungsplan 2021–2023

Datum Am 29. Oktober 2020 verabschiedet durch den
Steuerungsausschuss E-Government Schweiz

Inhaltsverzeichnis	1	Einleitung	2
	2	Übersicht Umsetzungsziele	3
	3	Umsetzungsziele	5
	3.1	Digitale Interaktions- und Partizipationsangebote national ausbauen	5
	3.1.1	UZ1: EasyGov.swiss ausbauen	5
	3.1.2	UZ2: eUmzugCH schweizweit ausbreiten	6
	3.1.3	UZ3: E-Voting neu ausrichten und stabilen Versuchsbetrieb sicherstellen	7
	3.1.4	UZ4: Signaturvalidator schweizweit etablieren	8
	3.1.5	UZ5: E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonalen Ebene fördern	9
	3.1.6	UZ6: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern	10
	3.1.7	UZ7: Behördenübergreifende E-Information und Betrieb des neuen ch.ch etablieren	11
	3.2	Nationale Basisdienste für den elektronischen Behördenverkehr bereitstellen	12
	3.2.1	UZ8: E-ID umsetzen	12
	3.2.2	UZ9: Behördenübergreifende Stammdatenverwaltung aufbauen	13
	3.2.3	UZ10: Nationalen Adressdienst aufbauen	15
	3.2.4	UZ11: Anonymisierte und nicht vertrauliche Daten von Bund, Kantonen und Gemeinden frei zugänglich machen (Open Government Data)	16
	3.2.5	UZ12: Standardisierung fördern	17

3.3	Gesamtschweizerische Zusammenarbeit für die digitale Transformation verbindlich regeln	18
3.3.1	UZ13: Machbarkeitsstudie zur Nachvollziehbarkeit der Verwendung persönlicher Daten erarbeiten	18
3.3.2	UZ14: E-Government-Architektur für den strategischen Umsetzungsplan erarbeiten und führen	19
3.3.3	UZ15: Projekte der Gemeinwesen in den Bereichen Informatik und E-Government unterstützen	20
3.3.4	UZ16: Innovative Projekte fördern	21
3.3.5	UZ17: Datenplattformen der Verwaltung fördern	22
3.3.6	UZ18: Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten	23
3.4	Wissen zur Digitalisierung der Verwaltung fördern und Vertrauen stärken	24
3.4.1	UZ19: Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in die elektronischen Behördenleistungen stärken	24
3.4.2	UZ20: Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern	25
3.4.3	UZ21: Aufbau der Organisation Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)	26
3.5	Budgetübersicht (in CHF 1000)	27

1 Einleitung

Der Umsetzungsplan ist das Umsetzungsinstrument der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023. Darin sind die Umsetzungsziele (UZ) dem zugehörigen strategischen Ziel zugeordnet. Alle UZ beinhalten mindestens eine definierte Massnahme.

Der vorliegende Umsetzungsplan umfasst die Jahre 2021–2023. Er wurde Ende 2020 vom Steuerungsausschuss genehmigt.

2 Übersicht Umsetzungsziele

Nachstehend findet sich eine Übersicht der Umsetzungsziele, jeweils zugeordnet zu den strategischen Zielen. Für eine einfachere Verständlichkeit sind die Umsetzungsziele innerhalb eines strategischen Ziels in Themen unterteilt.

Strategisches Ziel	Thema	Umsetzungsziel
Digitale Interaktions- und Partizipationsangebote national ausbauen	E-Service	<ul style="list-style-type: none"> – EasyGov.swiss ausbauen – eUmzugCH schweizweit ausbreiten – E-Voting neu ausrichten und stabilen Versuchsbetrieb sicherstellen – Signaturvalidator schweizweit etablieren
	Partizipation	– E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonaler Ebene fördern
	Zugang	<ul style="list-style-type: none"> – Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern – Behördenübergreifende E-Information und Betrieb des neuen ch.ch etablieren
Nationale Basisdienste für den elektronischen Behördenverkehr bereitstellen	IAM	– E-ID umsetzen
	Daten	<ul style="list-style-type: none"> – Behördenübergreifende Stammdatenverwaltung aufbauen – Nationalen Adressdienst aufbauen – Anonymisierte und nicht vertrauliche Daten von Bund, Kantonen und Gemeinden frei zugänglich machen (Open Government Data)
	Standards	– Standardisierung fördern
Gesamtschweizerische Zusammenarbeit für die digitale Transformation verbindlich regeln	Architektur	– E-Government-Architektur für den strategischen Umsetzungsplan erarbeiten und führen
	Organisation	<ul style="list-style-type: none"> – Projekte der Gemeinwesen in den Bereichen Informatik und E-Government unterstützen – Innovative Projekte fördern – Datenplattformen der Verwaltung fördern – Aufbau der Organisation Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)
	Recht	– Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten

Wissen zur Digitalisierung der Verwaltung fördern und Vertrauen stärken	Vertrauen	<ul style="list-style-type: none">– Machbarkeitsstudie zur Nachvollziehbarkeit der Verwendung persönlicher Daten erarbeiten– Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in die elektronischen Behördenleistungen stärken
	Wissen	<ul style="list-style-type: none">– Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern

3 Umsetzungsziele

3.1 Digitale Interaktions- und Partizipationsangebote national ausbauen

3.1.1 UZ1: EasyGov.swiss ausbauen

Thema: E-Service

Leistungsverantwortliche Organisation: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, Ressort KMU-Politik

Beschreibung

EasyGov macht die für Unternehmen nötigen Behördengänge einfach auffindbar und ermöglicht eine effiziente Abwicklung mittels eines zentralen Zugangsportals für Behördenleistungen von Bund, Kantonen und Gemeinden. Das sichere und zuverlässige Zugangsportale erlaubt es, Bewilligungs-, Antrags- und Meldeverfahren an einem Ort nach dem Once-Only-Prinzip zu erledigen.

Massnahmen

M1: Architekturreview betreffend Machbarkeit der Integration von Bundes-, kantonalen und kommunalen Leistungen unter Einbezug der relevanten Akteure in einer Studie erstellen.

M2: Integration von kantonalen Behördenleistungen für Unternehmen, die von mehreren Kantonen gewünscht werden, auf EasyGov sicherstellen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	100	100	100	100	400

3.1.2 UZ2: eUmzugCH schweizweit ausbreiten

Thema: E-Service

Leistungsverantwortliche Organisation: eOperations Schweiz AG

Beschreibung

Der E-Service für die elektronische Umzugsmeldung wurde bis Ende 2019 erfolgreich in der Mehrheit der Kantone eingeführt. Ziel ist es, dass eUmzugCH in allen Kantonen der Schweiz zur Verfügung steht. Die im Rahmen der E-Government-Strategie Schweiz 2016–2019 aufgebaute Betriebsgesellschaft eOperations Schweiz AG führt das Projekt und unterstützt Kantone und Gemeinden beim Aufbau des Dienstes.

Massnahmen

M1: Finanzierung der Projektleitung und Unterstützung durch den Verband Schweizerische Einwohnerdienste (VSED): Weiterentwicklung der Anwendung und technische Unterstützung der Gemeinden und Kantone. Sitzungen mit Lieferanten für Umsetzung der eCH-Standards.

M2: Abnahmetests und Integrationstests der Einwohnerkontrollsysteme, die noch nicht für eUmzugCH gerüstet sind, sofern die Lieferanten die Systeme bis 30.06.2021 entsprechend anpassen.

M3: Mehrsprachigkeit, Werbung und Kommunikation: Die gesamte Dokumentation zu eUmzugCH auf Deutsch, Französisch und Italienisch zur Verfügung stellen.

M4: Neue Versionen von eCH-Standards für die Weiterentwicklung von eUmzugCH werden spezifiziert.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	100	80	0	0	180

3.1.3 UZ3: E-Voting neu ausrichten und stabilen Versuchsbetrieb sicherstellen

Thema: E-Service

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung

Bund und Kantone entwickeln einen stabilen Betrieb der elektronischen Stimmabgabe mit vollständig verifizierbaren Systemen. Sie etablieren einen neuen Prozess für das Risikomanagement. Ziel ist es, die Kantone optimal bei der Einführung von E-Voting zu unterstützen.

Massnahmen

M1: Unterstützung bei der Erfüllung der Sicherheitsanforderungen, der Umsetzung risikominimierender Massnahmen sowie der Zertifizierung sicherstellen.

M2: Unterstützende Massnahmen zur Förderung des Vertrauens in die elektronische Stimmabgabe realisieren.

M3: Durchführung des Gesetzgebungsprozesses: Rechtsgrundlagen des Bundes hinsichtlich wirksamer Zertifizierungs- und Zulassungsprozesse sowie Anforderungen an die Sicherheit prüfen.

M4: Kantonale Vorhaben zur Einführung der elektronischen Stimmabgabe unterstützen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	250	250	250	250	1000

3.1.4 UZ4: Signaturvalidator schweizweit etablieren

Thema: E-Service

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK DTI)

Beschreibung

Der im Projekt zu entwickelnde Signaturvalidator wird den heutigen Validator ablösen. Er wird den Schweizerischen Gesetzen und Standards entsprechen und die Validierung von elektronisch signierten Dokumenten gemäss ZertES (Verfügungen, Urkunden, Strafregisterauszüge, etc.) ermöglichen. Dafür steht der Bundesverwaltung, den kantonalen und kommunalen Behörden, aber auch der Bevölkerung sowie Dritten eine webbasierte Lösung zur Verfügung.

Massnahmen

M1: Signaturvalidator einführen.

M2: Signaturvalidator zu den Signaturdiensten 2.0 weiterentwickeln.

M3: Ausbreitung des Signaturvalidators bei den Kantonen ab Anfang 2021.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	440	150	0	0	590

3.1.5 UZ5: E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonaler Ebene fördern

Thema: Partizipation

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle E-Government Schweiz

Beschreibung

E-Government Schweiz stellt jährlich Mittel von 150'000 Franken zur Verfügung, um E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonaler Ebene zu fördern. Gemeinden und Kantone können in einem jährlichen Wettbewerb Unterstützung aus diesen Mitteln beantragen. Der Planungsausschuss E-Government Schweiz entscheidet über deren Zuteilung. Projekte müssen innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden. Ziel ist es, elektronische Kanäle für die Bürgerpartizipation in den Gemeinden und Kantonen zu etablieren.

Massnahme

M1: Jährlichen E-Partizipationswettbewerb durchführen und die Unterstützung der ausgewählten Projekte sicherstellen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	140	150	150	150	590

3.1.6 UZ6: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern

Thema: Zugang

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung

In Zusammenarbeit mit den Betreibern von digitalen Behördenangeboten werden Grundlagen für einen User-freundlicheren, effektiveren, zugänglicheren, verständlicheren und wo sinnvoll einheitlicheren Zugang zu digitalen Informationen erarbeitet. Dazu gehören multimediale Inhalte, Accessibility Content, Manuals, Best Practices, Standards, aber auch Studien und Pilotprojekte zu neuen Methoden und Technologien.

Die heute sehr heterogene, fragmentierte Portallandschaft soll zu einem erkennbaren «Informationsverbund» zusammenwachsen.

Massnahmen

M1: Aufbau, Betrieb und Weiterentwicklung des Content-Services (z. B. Accessibility, Gebärdensprache, User Experience, Multimediainhalte) gewährleisten.

Wartung, Support und Personalressourcen sicherstellen.

M2: Community-Projekte und Veranstaltungen durchführen.

Input aus den Arbeitsgruppen aufnehmen und Weiterentwicklung fördern.

M3: Theoretische Grundlagen zum Informationsverbund (Standards, Best Practices, Manuals) erstellen, pflegen und analysieren. Leitfaden E-Service-Bereitstellung (interaction design) analog der «UK Nutzerorientierung» erstellen.

M4: Neue Technologien, Methoden und Lösungsansätze evaluieren.

«Labor» für Pilotprojekte mit Stellen von Kantonen oder Gemeinden führen. Allfällige technische Entwicklungen mit externer Unterstützung realisieren.

Projektideen aus der Community integrieren.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	900	930	930	900	3660

3.1.7 UZ7: Behördenübergreifende E-Information und Betrieb des neuen ch.ch etablieren

Thema: Zugang

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung

Dieses Ziel ergänzt das Umsetzungsziel «Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern» um eine ch.ch-Benutzeroberfläche (Frontend). Diese bietet weiterhin organisations- und ebenenübergreifende Informationen mit leicht verständlichen Antworten auf die wichtigsten Fragen von Privatpersonen zu Behördenthemen. Durch konsequente Suchmaschinenoptimierung, Mehrsprachigkeit und Accessibility dient ch.ch als Anknüpfungspunkt bei Google und ist Einstiegsseite und verbindendes Element in der Landschaft der tausenden von Verwaltungsangeboten. Das Budget wird verwendet, um das Frontend «ch.ch» zu realisieren. Die Inhalte werden von der Content-Schnittstelle bezogen, welche mit dem Umsetzungsziel «Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern», Massnahme M1 (UZ6) realisiert wird.

Massnahme

M1: Aufbau und Betrieb (inkl. Wartung und Support) des neuen ch.ch. Stilllegung des alten ch.ch.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	100	70	70	100	340

3.2 Nationale Basisdienste für den elektronischen Behördenverkehr bereitstellen

3.2.1 UZ8: E-ID umsetzen

Thema: IAM

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Polizei (fedpol)

Beschreibung

Der Rechts- und Standardisierungsrahmen sowie die beim Bund notwendigen Organisationsstrukturen und IKT-Systeme für staatlich anerkannte elektronische Identifizierungseinheiten (E-ID) der Schweiz sind etabliert und erste Pilotprojekte umgesetzt.

Massnahmen

M1: Rechtsverbindlichkeit der Zusammenarbeit betreffend Staatsaufgabe und privater Umsetzung durch Identity Provider vorbereiten; Stakeholdermanagement sicherstellen.

M2: Zuordnung der E-ID-Registrierungsnummer zur AHVN13 in den Verwaltungssystemen aller Staatsebenen ermöglichen; Pilot-Anwendungen der E-ID unterstützen.

M3: Alle staatlichen Basisdienste bereitstellen, die in der Verantwortung des fedpol liegen und die für Betrieb und Nutzung der E-ID notwendig sind.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	410	360	500	0	1270

3.2.2 UZ9: Behördenübergreifende Stammdatenverwaltung aufbauen

Thema: Daten

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung

Die auf Bundesebene definierten Stammdaten (Umsetzung der Strategie Bundesstammdaten) sollen auch für die öffentlichen Verwaltungen von Kantonen und Gemeinden verfügbar gemacht werden.

Dabei soll eine Übersicht der rechtlichen, organisatorischen und technischen Massnahmen erstellt werden, die notwendig sind, um den Zugriff auf die Bundesstammdaten durch die Kantons- und Gemeindeverwaltungen zu ermöglichen. Ferner soll eine Identifikation und Dokumentation, in welchen Kernregister oder nationale Dienste, die Stammdaten und dazu gehörige eindeutige Identifikatoren geführt werden, erstellt werden. Es wird ein Vorschlag eines Governance-Modells für die nationale Dateninfrastruktur erstellt.

Von besonderem Interesse sind folgende Kernregister und Referenzsysteme:

Unternehmen:

Betriebs- und Unternehmensregister (BUR); Unternehmensidentifikationsregister (UID)

Objekte und Geoinformation:

Gebäude- und Wohnungsregister (GWR); Bundes Geodaten-Infrastruktur (BGDI)

Personen:

Gemeinde und kantonale Einwohnerregister (EWR) via Nationaler Adressdienst (NAD).

Langfristiges Ziel ist es, dass diese fünf Basisregister und Infrastrukturen durch eine zentrale Organisation namens «Nationale Dateninfrastruktur» koordiniert werden, aber dass die Führung dieser Basisregister und Infrastrukturen dezentral sichergestellt wird.

Massnahmen

M1: Fachkonzept, Referenzarchitektur und Organisationskonzept für die Führung von Registern gemäss dem Once-Only-Prinzip in Zusammenarbeit mit Ämtern der Bundesverwaltung und einem Pilotkanton erarbeiten (Scope: Personen, Unternehmen, Gebäude und Wohnungen sowie Geodaten).

M2: Inventar der durch Bund, Kantone und Gemeinden genutzten Stammdaten in Zusammenarbeit mit den Staatsebenen erstellen; Nationales Datenglossar, das für alle Fachbereiche verständlich ist, erarbeiten.

M3: Pilotprojekt beim BFS und einem Pilotkanton durchführen.

M4: Integration des harmonisierten Systems des amtlichen Adressverzeichnisses gemäss der GeoNV-Verordnung Art. 26b / c (RS 510.625) in die kantonalen Handelsregister.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	150	250	200	200	800

3.2.3 UZ10: Nationalen Adressdienst aufbauen

Thema: Daten

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung

Ein nationaler Adressdienst (NAD) für Behörden und Dritte mit gesetzlichem Auftrag erlaubt es, Adressen von Personen, die in der Schweiz gemeldet sind, schweizweit suchen und abgleichen zu können. Für jede Behörde, die diese Information zwecks Erfüllung ihres Auftrags braucht, bietet der neue Dienst einen klaren Mehrwert. Ziel ist es, dass Verwaltungen und Dritte ihre Aufgaben einfacher wahrnehmen und diese schneller ausführen können, was zu Effizienzgewinnen führt. Ziel ist es auch, die Qualität von Adressdaten, die in bestehenden Systemen der öffentlichen Hand bereits geführt werden, zu verbessern. Einzelne Fachaufgaben können so qualitativ besser erfüllt werden. Bei schriftlichen Kontaktaufnahmen können durch die Reduktion von Retouren Kosteneinsparungen erzielt werden.

Massnahmen

M1: Rechtsgrundlagen erarbeiten.

M2: Konzeption und Beschaffung sicherstellen.

M3: Systementwicklung vornehmen.

M4: Einführung und Kommunikation umsetzen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	405	375	680	730	2190

3.2.4 UZ11: Anonymisierte und nicht vertrauliche Daten von Bund, Kantonen und Gemeinden frei zugänglich machen (Open Government Data)

Thema: Daten

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung

Das Angebot einer freien Nutzung zu maschinell bearbeitbaren Verwaltungsdaten («Open Government Data» kurz «OGD») ist Bestandteil von transparenten, wirtschaftlichen und medienbruchfreien elektronischen Behördenleistungen für die Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung sowie die Wissenschaft. Frei verfügbare Behördendaten vereinfachen durch einfach zugängliche Informationen die Entwicklung innovativer Lösungen und ermöglichen wirtschaftliche Innovation.

Um das Angebot an freien Behördendaten möglichst effizient zu gestalten, koordinieren Bund, Kantone und Gemeinden ihre Datenpublikation und leisten damit gemeinsam einen wichtigen Beitrag zum Aufbau des schweizerischen Datenökosystems. Ziel ist es, diese Koordination direkt zu unterstützen und zu konkretisieren.

Massnahmen

M1: Initiativen im Bereich «Data Driven Innovation» auf kantonaler und kommunaler Ebene zur Schaffung einer Community fördern.

M2: Projekte zur Stärkung der gemeinsamen Diffusion von Bund und Kantonen im Bereich der Statistik umsetzen.

M3: Hosting-Lösung für institutionelle Kleinanbieter offener Daten anbieten.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	50	160	150	150	510

3.2.5 UZ12: Standardisierung fördern

Thema: Standards

Leistungsverantwortliche Organisation: Verein eCH

Beschreibung

Die Aktivitäten von eCH haben das Ziel, die elektronische Zusammenarbeit zwischen Behörden sowie zwischen Behörden und Dritten zu erleichtern. Dazu werden neue Standardisierungsthemen identifiziert und priorisiert sowie Standards erarbeitet, verabschiedet und gepflegt. Die Standardisierung bildet eine notwendige Basis für diverse E Government-Projekte und tangiert direkt oder indirekt fast alle Handlungsfelder der E Government-Strategie Schweiz 2020–2023.

Massnahmen

M1: Strategische Leistung: Unterhalt der Standardisierung sicherstellen, das heisst Pflege und Verankerung von Standards garantieren.

M2: Den Fachgruppen von eCH administrative und organisatorische Unterstützung anbieten.

M3: Standardisierungs-Checks (Potentialanalysen) durchführen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	198	250	250	250	948

3.3 Gesamtschweizerische Zusammenarbeit für die digitale Transformation verbindlich regeln

3.3.1 UZ13: Machbarkeitsstudie zur Nachvollziehbarkeit der Verwendung persönlicher Daten erarbeiten

Thema: Vertrauen

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle E-Government Schweiz

Beschreibung

Ziel ist es, eine Grundlage zu erarbeiten, welche ein Zugriffstracking ermöglicht, das die Verwendung von persönlichen Daten durch Verwaltungsmitarbeitende oder Verwaltungseinheiten aufzeichnet. In einer Studie ist zu untersuchen, welche Standards, Schnittstellen, Bussysteme oder sonstige Komponenten hierfür zu schaffen sind. Es gilt auch abzuklären, ob ein vollständiges Zugriffstracking realisierbar ist oder ob eine teilweise Umsetzung anzugehen ist.

Massnahmen

M1: Ein Pflichtenheft für die Ausschreibung erstellen und Beschaffung erarbeiten.

M2: Eine Machbarkeitsstudie für ein Logsystem, das der Bevölkerung aufzeigt, welche persönlichen Daten eine Behörde eingesehen oder genutzt hat, erstellen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	72	100	0	0	172

3.3.2 UZ14: E-Government-Architektur für den strategischen Umsetzungsplan erarbeiten und führen

Thema: Architektur

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK DTI)

Beschreibung

Die benötigten Architekturelemente, Systeme und Domänen sind zu sichten und zu definieren. Die Abhängigkeiten müssen aufgezeigt und eine architektonische Sicht auf die Vorhaben des Umsetzungsplan etabliert werden. Die Architektur wird zyklisch angepasst und nach Vorgaben der «TOGAF» (The Open Group Architecture Framework) geführt.

Der Umsetzungsplan beinhaltet verschiedene Umsetzungsziele und Massnahmen. Diese beziehen sich auch auf bestehende oder noch zu schaffende Systeme und Organisationen. Ziel ist es, dass die Massnahmen des Umsetzungsplans gemäss der Gesamtarchitektur gesteuert werden, um Abhängigkeiten und Schnittstellen frühzeitig aufzuzeigen.

Massnahmen

M1: Architekturboard aufbauen.

M2: Gesamtarchitektur zur Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 definieren.

M3: Gesamtarchitektur umsetzen.

M4: Pilotprojekt zur Integration von E-Services in verschiedenen Portalen umsetzen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	100	200	450	100	850

3.3.3 UZ15: Projekte der Gemeinwesen in den Bereichen Informatik und E-Government unterstützen

Thema: Organisation

Leistungsverantwortliche Organisation: Schweizerische Informatikkonferenz (SIK)

Beschreibung

E-Government Schweiz stellt für die Unterstützung von Projekten in den Bereichen Informatik und E-Government, die Bund, Kantone und Gemeinden im Rahmen der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK) planen, Mittel bereit. Diese Mittel können beim Vorstand der SIK beantragt werden. Der Vorstand der SIK entscheidet über die Zuteilung der Mittel.

Massnahme

M1: Unterstützung von Projekten gemäss Entscheiden des Vorstands der SIK, die zur Zielerreichung der E-Government Strategie beitragen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	188	150	150	150	638

3.3.4 UZ16: Innovative Projekte fördern

Thema: Organisation

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle E-Government Schweiz

Beschreibung

Innovationen sind Projekte, die beispielsweise neue Technologien anwenden oder regionale Kooperationen fördern. Der Planungsausschuss E-Government Schweiz bestimmt, welche Projekte im Rahmen der Innovationen unterstützt werden. Diese sollen eine Signalwirkung entfalten und später von weiteren Projekten, bzw. Verwaltungen übernommen oder angewendet werden.

Massnahme

M1: Jährlicher Innovationswettbewerb durchführen und die Unterstützung der ausgewählten Projekte sicherstellen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	200	200	200	200	800

3.3.5 UZ17: Datenplattformen der Verwaltung fördern

Thema: Organisation

Leistungsverantwortliche Organisation: Schweizerische Informatikkonferenz (SIK)

Beschreibung

Die SIK-Arbeitsgruppe Datenplattformen unterstützt die Bedürfnisse von öffentlichen Verwaltungen bei Beschaffung und Betrieb von kantonalen und kommunalen Datenplattformen. Die Umsetzung dieser Aufgabe erfolgt mittels gezieltem Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern. Ebenso stehen praktische Fragen zu Geschäftsprozessen sowie der Interpretation und Anwendung von eCH-Standards im Zentrum. Bei Bedarf werden Projekte lanciert, Untergruppen gebildet oder Workshops organisiert, die sich spezifischen Themen rund um Datenplattformen widmen.

Massnahme

M1: Interne Nutzung von Datenplattformen der Verwaltungen verankern, koordinieren und unterstützen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	25	25	25	25	100

3.3.6 UZ18: Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten

Thema: Recht

Leistungsverantwortliche Organisation: Verein eJustice CH

Beschreibung

Eine zentrale Koordinationsstelle für rechtliche Fragen im E-Government-Umfeld unterstützt die Verbreitung der wichtigsten rechtlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung von E-Government in der Schweiz und erleichtert den spezifischen Wissenstransfer unter den Gemeinwesen. Ein einfacher und rascher Zugang zu juristischem Wissen fördert die Qualität und die Nachhaltigkeit der Umsetzung von E-Government in der Schweiz.

Massnahmen

M1: Die Gemeinwesen oder Projekte erhalten bei konkreten rechtlichen Fragestellungen eine summarische Erstberatung.

M2: Der Austausch zwischen den Gemeinwesen im Rahmen einer interkantonalen juristischen Fachgruppe wird gefördert.

M3: Koordination in rechtlichen Fragen, inkl. Pflege und Ausbau der online-Dokumentation auf der Webseite egovernment.ch/recht sicherstellen.

M4: Monitoring E-Government Rechtssetzung

- Aktuelle Rechtslage;
- Aktuelle und bevorstehende rechtliche Entwicklung (laufende Rechtssetzungsprojekte).

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	70	54	54	54	232

3.4 Wissen zur Digitalisierung der Verwaltung fördern und Vertrauen stärken

3.4.1 UZ19: Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in die elektronischen Behördenleistungen stärken

Thema: Vertrauen

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle E-Government Schweiz

Beschreibung

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung ist in der Schweiz sehr hoch. Um auch das Vertrauen in die digitale Verwaltung zu festigen, soll transparent und zielgruppengerecht über Digitalisierungsprojekte der Verwaltung informiert werden.

Massnahmen

M1: Unterstützende Massnahmen zur Förderung des Vertrauens in elektronische Behördenleistungen realisieren (z. B. Medienarbeit, Microsite).

M2: Netzwerk von Fachexperten aus Verwaltung und Wissenschaft aus allen Landesteilen bilden und pflegen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	20	180	100	100	400

3.4.2 UZ20: Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern

Thema: Wissen

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle E-Government Schweiz

Beschreibung

Kenntnisse zur Digitalisierung bzw. zum Wandel der Verwaltung in Bezug auf die Digitalisierung sind wichtig, damit E-Government-Projekte, die häufig Veränderungen gewohnter Arbeitsabläufe nach sich ziehen, verwaltungsintern mitgetragen werden. Auch das Verständnis für neue Technologien hilft, damit neue digitale Arbeitsweisen adaptiert werden. Ziel ist es, in Weiterbildungskursen oder anderen Formaten das Wissen zu Digitalisierung und E-Government zielgruppengerecht Führungskräften und Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung zu vermitteln und so das Vertrauen in die digitale Verwaltung zu stärken.

Massnahme

M1: Kursangebot oder andere Formate zur Digitalisierung von Verwaltungsprozessen für alle Staatsebenen in allen drei Amtssprachen aufbauen und bekannt machen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	30	200	300	100	630

3.4.3 UZ21: Aufbau der Organisation Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)

Thema: Organisation

Leistungsverantwortliche Organisation: Generalsekretariat des Eidgenössischen Finanzdepartements (GS-EFD)

Beschreibung

Planung und Aufbau der neuen Organisation Digitale Verwaltung Schweiz (DVS). Die DVS wird ab 1. Januar 2022 operativ. Es gilt die entsprechenden Strukturen, Aufgaben und Kompetenzen, sowie alle nötigen Infrastrukturen zu definieren und zu etablieren.

Massnahmen

M1: Finanzierung der Stelle des Beauftragten des Bundes und der Kantone für die digitale Verwaltung

M2: Externe Unterstützung

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	0	350	0	0	0

3.5 Budgetübersicht (in CHF 1000)

Jahr	2020	2021	2022	2023	Tot.
UZ1: EasyGov.swiss ausbauen	100	100	100	100	400
UZ2: eUmzugCH schweizweit ausbreiten	100	80	0	0	180
UZ3: E-Voting neu ausrichten und stabilen Versuchsbetrieb sicherstellen	250	250	250	250	1000
UZ4: Signaturvalidator schweizweit etablieren	440	150	0	0	590
UZ5: E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonaler Ebene fördern	140	150	150	150	590
UZ6: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern	900	930	930	900	3660
UZ7: Behördenübergreifende E-Information und Betrieb des neuen ch.ch etablieren	100	70	70	100	340
UZ8: E-ID umsetzen	410	360	500	0	1270
UZ9: Behördenübergreifende Stammdatenverwaltung aufbauen	150	250	200	200	800
UZ10: Nationalen Adressdienst aufbauen	405	375	680	730	2190
UZ11: Anonymisierte und nicht vertrauliche Daten von Bund, Kantonen und Gemeinden frei zugänglich machen (Open Government Data)	50	160	150	150	510
UZ12: Standardisierung fördern	198	250	250	250	948
UZ13: Machbarkeitsstudie zur Nachvollziehbarkeit der Verwendung persönlicher Daten erarbeiten	72	100	0	0	172
UZ14: E-Government-Architektur für den strategischen Umsetzungsplan erarbeiten und führen	100	200	450	100	850
UZ15: Projekte der Gemeinwesen in den Bereichen Informatik und E-Government unterstützen	188	150	150	150	638
UZ16: Innovative Projekte fördern	200	200	200	200	800
UZ17: Datenplattformen der Verwaltung fördern	25	25	25	25	100
UZ18: Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten	70	54	54	54	232
UZ19: Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in die elektronischen Behördenleistungen stärken	20	180	100	100	400
UZ20: Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern	30	200	300	100	630
UZ21: Aufbau der Organisation Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)	0	350	0	0	350
Nationale E-Government Studie 2021–2022	0	100	0	0	100
Total	3948	4684	4559	3559	16750
Ertrag (4 Mio. + Übertrag 796 aus 2019)	4796	4848	4164	3605	
Saldo	848	164	-395	46	

Impressum

Geschäftsstelle E-Government Schweiz

Schwarztorstrasse 59

CH-3003 Bern

info@egovernment.ch

www.egovernment.ch